

Letztes

Schreiben an die Polizei

zur persönlichen Verantwortlich-Machung

vom 9. Mai 2026



<http://verfassungsbitte.de/SadPg>

(Online-PDF auf www.verfassungsbitte.de mit Links nutzbar)

Inhaltsverzeichnis

Sehr geehrte Damen und Herren,.....	1
Abstimmungsfragen.....	3
Themen der Abstimmungen.....	3
Abstimmungsfrage 1.....	3
Abstimmungsfrage 2.....	4
Abstimmungsfrage 3.....	4
Fragen an alle Polizeikräfte.....	5
Inhalt.....	5
Vorwort.....	5
Verantwortung und Verpflichtung.....	5
Menschenwürde und Grundrechte.....	5
Grundrecht auf Gleichbehandlung.....	6
Glauben und Bekennen.....	7
Lästerung gegen den Geist.....	7
Geschichte, Pflicht, Verantwortung.....	8
Nachwort.....	8
Frühere Anstrengungen.....	8
Offener Brief im Advent 24.....	8
Weiteres.....	8
Aushang für Polizei-Dienststellen.....	9
Protokoll der Aushändigung.....	10
Mitteilung letzter Erkenntnisse.....	11

Sehr geehrte Damen und Herren,

da Sie zur Ausübung des Gewaltmonopols des Staates ausgebildet wurden, kennen Sie alle wesentlichen Grundlagen des Grundgesetzes sehr gut! Sie verstehen deshalb besser und schneller als andere Deutsche, worum es bei meiner **Abstimmungsfrage** (auch [unten](#) und auf www.verfassungsbitte.de/ViVa verfügbar) letztlich geht. Dabei sehe ich Sie **verfassungsmäßig verpflichtet**,

1. zum Schutz der Menschenwürde auch der Verletzung des Grundrechts auf gleiche Behandlung bei der politischen Teilhabe (Geld regiert die Welt) entgegen zu wirken.
2. dies als allererste verfassungsmäßige Pflicht schon vor allen anderen dienstlichen Pflichten zu tun und dazu natürlich gegebene Möglichkeiten wirksam zu nutzen.
3. diese Information per [Aushang](#) in den Dienststellen zu verbreiten, zuerst polizei-intern und später auch offen, um dann die Deutschen zu mobilisieren.

4. dazu auch dieses Schreiben oder die Internet-Adresse an **unter-, neben- u. übergeordnete** Kolleginnen und Kollegen des Polizeiapparats weiterzuleiten.
5. dass jede erreichte Polizeikraft und auch die leitenden Staatsdiener ihre Antwort auf meine [Abstimmungsfrage 1](#) bekannt geben und die Abstimmungs-Zahlen für jede Organisations-Einheit per Email an polavo@gmx.de und an ihre übergeordnete Stelle gemeldet werden müssen, damit alle Zahlen unter [Polizei als Vorbild](#) veröffentlicht werden können, am Ende also dann die Zahlen der Innenminister aus Bund und Ländern.
6. dass dann die [eViVa-Abstimmungs-App](#) (sobald sie fertig ist), von der Polizei im Außendienst bekannt und per QR-Code den Deutschen verfügbar gemacht wird.

Diese Pflichten sind sämtlich nachvollziehbar anhand einer Sammlung von **Fragen an alle Polizeikräfte** (auch [unten](#) und [im Netz](#) via www.verfassungsbitte.de/ViVa verfügbar).

Entsprechend pflichtgetreu zu verhalten hat sich, wer zu all diesen Fragen JA sagt!

Wer die **Fragen an alle Polizeikräfte** selbst alle mit JA beantwortet, der kann sie auch einfach jedem Vorgesetzten stellen, falls der meint, er könne ohne Begründung UNTÄTIGKEIT befehlen!

Mit den **Fragen an alle Polizeikräfte** kann so also **von ganz unten bis ganz oben** erreicht werden, dass die **Deutsche Polizei** hilft, das ewige Übel **Geld regiert die Welt** anzugehen, indem sie öffentlichkeitswirksam bekennt, dass **verfassungsrechtlich zwingend erforderlich** ist, per **Beweislast-Umkehr** den Einfluss auf politische Vorgänge mittels Geld (dauerhaft und umfassend) zu vermeiden.

Ein (wohl unsicherer) Polizist im PK21 in Hamburg meinte, er stimme dem zwar als Staatsbürger zu, kann das aber nicht als Polizist, da die Polizei neutral bleiben muss. Dazu habe ich dann Folgendes erkannt:

Polizeikräfte, die meinen, sich wegen ihrer **Verpflichtung zur Neutralität** nicht derart äußern zu dürften, verhalten sich tatsächlich nur **neutral** zwischen **unmittelbar geltendem Recht** und **dessen Verletzung!** Solch unmittelbar geltendes Recht sollten sie entweder schon sicher zu deuten wissen oder sich ansonsten anhand meiner **Fragen an alle Polizeikräfte** (oder anderweitig) über **Recht und Ordnung** klar werden.

Am 18.4.26 bei meinem Besuch im PK17 in Hamburg hab ich am Ende noch Folgendes zu ergänzen gelernt: Solange politische Vorgänge mit Geld beeinflusst werden, entstehen natürlich Gesetze, die mehr im Interesse reicher Einflussnehmer sind und weniger im Interesse der Ärmern, also **quasi gegen sie!** Und wenn die Polizei mit ihrem Gewaltmonopol solche Gesetze durchsetzt, kann sie ganz leicht auch zum gewalttätigen Handlanger von reichen Geldgebern bei der Verletzung des unmittelbar geltenden Grundrechts auf Gleichbehandlung werden und möglicherweise die **Würde des Menschen sogar gewalttätig missachten**. Deshalb sollte ganz besonders die Polizei mir dringend dabei helfen, **Geld regiert die Welt** zu beenden.

*Wie schon unzählige Male zuvor hat mir zwar niemand inhaltlich widersprechen können, aber dennoch wurde ich letztlich wieder ohne Zusage, mir zu helfen, einfach ignoriert. Diesmal aber, weil ich nicht freiwillig gehen wollte, mit dem Hinweis, ich bräuchte nicht wiederkomme, **unfein vor die Tür gesetzt!***

*Mit dem selben Hinweis kam es dann bei meinem 3. Besuch in der hamburgischen Beschwerdestelle BMDA, nicht soweit, da ich freiwillig ging, obwohl sich die Politzistin, mit der ich sprach, tatsächlich stur weigerte, mir zu sagen, dass sie meine **Fragen an alle Polizeikräfte** auf www.verfassungsbitte.de durchgehen wird. Diese verantwortungslos-plichtvergessene Ignoranz ist mir insbesondere von Polizei-Kräften, die für Disziplinar-Angelegenheiten zuständig sind **VÖLLIG INAKZEPTABEL**. Da die BMDA direkt unter dem Polizeipräsidenten von Hamburg arbeitet, wollte ich im Polizeipräsidium einen Beschwerde-Termin mit ihm machen, was aber abgelehnt wurde, nachdem ich zwar widerspruchslos angehört, dann aber wieder nur ignoriert und zum Gehen auffordert wurde.*

Mit diesem Dokument und (einigen persönlich eindringlichen Feststellungen) mache ich letztmalig sämtlichen Staatsdienern ihre Verantwortung vor den Menschen (in göttlicher Wahrheit) bewußt!

Unter polavo@gmx.de nehme ich gerne auch Fragen, Vorschläge, Kritik und Lob entgegen!

Abstimmungsfragen



<http://verfassungsbitte.de/Afn>

Themen der Abstimmungen

1. [Geld regiert die Welt](#)
2. [Transparente Politik](#)
3. [Bundesweite Volksabstimmungen](#)

Abstimmungsfrage 1

Zum Thema: **Geld regiert die Welt**

Stimmen sie zu,

- dass wer genug Geld dazu hat, politische Vorgänge beeinflussen kann und dabei auch indirekt über Medien und Wissenschaft **unendlich viele Möglichkeiten** hat
- und dass wenn entgegengewirkende Gesetze immer nur **einzelne dieser Möglichkeiten** konkret berücksichtigen, **nie alle denkbaren** Möglichkeiten **berücksichtigt** sein werden
- und dass einflusswillige Finanzkräfte immer neue der **unendlich vielen Möglichkeiten** (er)finden und **nutzen** können
- und dass so, wer weniger Geld hat, immerfort benachteiligt werden kann und dadurch sein **Grundrecht auf Gleichbehandlung** und damit **auch seine Würde** ungeschützt ist
- und dass **selbst wenn alle sehen**, dass in einem konkreten Fall Geld Einfluss nimmt, **mangels Beweis doch alle ohnmächtig** sind und nur frustriert zusehen können
- und dass **das schnellstens aufhören muss** und **erst dann aufhört**, wenn unverzüglich ein Gesetz inkraft gesetzt wird, welches die **Beweislast prinzipiell umkehrt**:

Stimmen sie diesem Prinzip zu?

Wer im Verdachtsfall nicht nachweisen kann, dass sein Geld keinen Einfluss auf politische Vorgänge hat, wird dermaßen empfindlich bestraft, dass jeder erdenkliche Einfluss von Geld wegen der Furcht vor einer massiven Strafe aufhört.

Wirkung der Beweislastumkehr

Von den unzähligen Einfluss-Möglichkeiten kann immer nur einer begrenzten Zahl durch konkrete Gesetze entgegen gewirkt werden. Dass dagegen **Geld keinen Einfluss auf politische Vorgänge** hat, kann nur unkonkret angestrebt werden, also wenn mit Beweislastumkehr vermieden wird, die Methode der Einflussnahme konkret zu nennen.

Beides ist erforderlich, damit das oben geforderte Gesetz 1. umfassend und 2. wirksam sein wird:

1. Es darf keine Einfluss-Methode konkret nennen! 2. Es muss die Beweislast umkehren!

Notwendigkeit

Weil das Grundrecht auf Gleichbehandlung nur mit Beweislastumkehr wirksam zu schützen ist, ist sie verfassungsrechtlich zwingen erforderlich, und vom Gesetzgeber sofort inkraft zu setzen!

Umsetzung

Natürlich muss ein solches Gesetz mit Weitblick so formuliert werden, dass es umfassend wirkt, aber nicht zu weit geht. Und natürlich braucht es auch Gerichte, die so urteilen, dass dieses Gesetz auch richtig wirkt! Aber das Problem **Geld regiert die Welt** ist nur **mit Beweislast-Umkehr umfassend gelöst!**

Durchsetzung

Durch allerlei [Erfolgslose Anstrengungen](#) konnte ich inzwischen klar erkennen:

- **Laut Grundgesetz** ist die Beweislast-Umkehr **verfassungsrechtlich zwingend** umzusetzen
- **Obwohl mir nie jemand widersprochen hat**, ignorierten das aber bisher alle Staatsdiener, die ich darüber informiert habe!
- Obwohl meine Argumentation schon hätte ausreichen müssen, braucht es wohl die **Zustimmung der Deutschen Mehrheit!**
- Wie diese mit ziemlich einfachen Mitteln der elektronischen Kommunikation erreicht und nachgewiesen werden kann, ist schon als App und Web-Anwendung **eViVa** geplant, mit der dann (siehe unten) auch weitere, hoch wirksame Abstimmungen stattfinden werden!

P.S. Hier noch ein passendes [Gedicht](#) dazu!

Abstimmungsfrage 2

Entwurf zum Thema: **Transparente Politik**

Stimmen sie zu,

dass aus der Staatsbezeichnung **REPUBIK**, die aus dem lateinischen stammt und soviel bedeutet wie **ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEIT**, ein verfassungsmäßiges Prinzip abzuleiten ist, und aus diesem **REPUBLIK-PRINZIP** folgt:

1. Politische Informationen werden ohne unnötigen Verzug im Web veröffentlicht!
2. Dazu gehören alle Studien, Gutachten und Umfragen, die entweder staatlich finanziert wurden oder politisch als Argument dienen!
3. Dazu gehören auch Ergebnisse und Protokolle von politisch berücksichtigten Gremien!
4. Dazu gehören auch Verträge
 - die bereits geschlossen wurden
 - die bald geschlossen werden sollen
 - ...
5. ...

Abstimmungsfrage 3

Ansatz zum Thema: **Bundesweite Volksabstimmungen**

Stimmen sie zu,

dass der Begriff **ABSTIMMUNGEN**, der im **Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG** steht, wie folgt zu deuten ist:

1. ...
2. ...

Fragen an alle Polizeikräfte



<http://verfassungsbitte.de/FaaP>

Inhalt

[Vorwort](#)

Fragen zu [Verantwortung und Verpflichtung](#)

Fragen zu [Menschenwürde und Grundrechte](#)

Fragen zu [Grundrecht auf Gleichbehandlung](#)

Fragen zu [Glauben und Bekennen](#)

Fragen zu [Lästerung gegen den Geist](#)

Fragen zu [Geschichte, Pflicht, Verantwortung](#)

[Nachwort](#)

Vorwort

Nachfolgend frage ich nach Wahrheiten bezüglich Sprachgebrauch, Grundgesetz und der Bibel. Wer all meinen Fragen mit JA zustimmt, hat sich dann auch entsprechend zu verhalten!

Ansonsten ist das [Nachwort](#) zu beachten!

Verantwortung und Verpflichtung

Frage 1

Übernimmt, wer in Deutschland Staatsdiener wird, Verantwortung vor dem Deutschen Volk nach den Vorschriften des Grundgesetzes?

Frage 2

Bedeutet, derart Verantwortung zu übernehmen, auf Fragen nach den Verpflichtungen durch das Grundgesetz, schlüssig antworten zu können (und im Zweifelsfall auch zu müssen)?

Menschenwürde und Grundrechte

Frage 3

Wurde nach den furchtbaren Entgleisungen der deutschen Gesellschaft im Lauf der 12 Jahre der Nazi-Zeit in [Art. 1 Abs. 1 GG](#) als konsequente Maßnahme vorbeugend die Würde des Menschen zur allerersten Grundlage des Staates gemacht?

Frage 4

Gilt seither die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, für alle Staatsdiener verfassungsmäßig vor allen anderen (auch dienstlichen) Pflichten?

Frage 5

Ist die Würde eines Menschen angetastet, wenn er in einem Grundrecht verletzt wird?
(z.B. durch Ungleichbehandlung)

Frage 6

Muss also zum Schutz der Menschenwürde jeder Staatsdiener jeder Grundrechtsverletzung entgegen wirken und dabei natürlich nach seinen Möglichkeiten und möglichst wirksam agieren?

Frage 7

Kann Grundrechtsverletzungen auch entgegen gewirkt werden, indem man andere informiert, die vielleicht mehr tun können?

Frage 8

Können andere immer insofern mehr tun, dass sie weitere Menschen informieren und so für eine breitere Öffentlichkeit sorgen können?

Frage 9

Müssen, weil jedem Staatsdiener schon vor allen anderen Pflichten die erste verfassungsmäßige Pflicht obliegt, die Würde des Menschen schützen zu müssen, auch Polizeikräfte jeder Verletzung von Grundrechten (auch wenn keine Straftat vorliegt) entgegen wirken?

Frage 10

Können Polizeikräfte zum eigenen Schutz vor Repräsentationen gemeinsam an die Öffentlichkeit gehen, nachdem unter- und nebengeordnete Polizeikräfte und dann auch Übergeordnete informiert (und notfalls auch befragt) wurden?

Frage 11

Könnten dazu sogar auch mehrere Dienststellen gemeinsam an die Öffentlichkeit gehen?

Frage 12

Können in Polizeidienststellen nicht nur Infos ausgehängt werden, die der Strafverfolgung dienen, sondern natürlich auch Infos gegen bestehende Grundrechtsverletzungen?

Frage 13

Muss jede Polizeikraft einen solchen Aushang ggf. fordern, um einer Grundrechtsverletzung entgegen zu wirken, und könnte dazu sogar im Außendienst Info-Zettel verteilen?

Frage 14

Können Polizeikräfte wegen ihrer besonderen Grundgesetz-Kenntnisse als Vorbild für andere Staatsbürger öffentlich wirksam werden als gute INFORMATIVE MULTIPLIKATOREN?

Frage 15

Kann deshalb das öffentliche Bekenntnis großer Teile der Polizei stark dazu beitragen, dass auch der größte Teil aller Deutschen ganz schnell erkennt, was der folgende Abschnitt zeigt, nämlich dass und wie mit verfassungsmäßigem Recht dem schädlichen Geld-Einfluss auf politische Vorgänge endlich wirksam entgegen zu treten ist?

Grundrecht auf Gleichbehandlung

Frage 16

Ist mit allen Gesetzen, die in irgend einer Weise den Geld-Einfluss auf politische Vorgänge angehen können, der Gleichheitsatz aus [Art. 3 Abs. 1 GG](#), also das **Grundrecht auf Gleichbehandlung** zu achten und zu schützen?

Frage 17

Bleibt das Grundrecht auf Gleichbehandlung ungeschützt, solange Menschen mit mehr Geld offensichtlich mehr Einfluss erkaufen können?

Frage 18

Hörte das erst dann ganz auf, wenn mit Geld gar kein solcher Einfluss mehr genommen würde?

Frage 19

Muss also jeglichem Geld-Einfluss auf politische Vorgänge per Gesetz entgegen gewirkt werden?

Frage 20

Können aber konkrete gesetzliche Verbote und Maßnahmen bisher umgangen werden, indem immer neue Möglichkeiten gesucht werden, um mit Geld Einfluss zu nehmen?

Frage 21

Hört dieses Vorschriften-Umgehen nur auf, wenn die Beweislast prinzipiell wie folgt umgekehrt wird?

Wer im Verdachtsfall nicht nachweisen kann, dass sein Geld keinen Einfluss auf politische Vorgänge hat, wird dermaßen empfindlich bestraft, dass jeder erdenkliche Einfluss von Geld wegen der Furcht vor einer massiven Strafe aufhört.

Frage 22

Kann nur so jedem denkbaren Geld-Einfluss auf politische Vorgänge entgegen gewirkt werden?

Frage 23

Ist also verfassungsmäßig zwingend erforderlich, die Beweislast-Umkehr unverzüglich gesetzlich zu beschließen, um der unmittelbaren Geltung des Gleichheitssatzes dauerhaft zu genügen und der Verletzung des Grundrechts auf politische Gleichbehandlung dauerhaft vorzubeugen?

Frage 24

Ist dabei wegen [Art. 17 GG](#) die Ausnahme zu machen, dass das Schreiben von Bitten und Beschwerden (Petitionen) finanziert werden darf?

Glauben und Bekennen

Frage 25

Hat jeder laut [Art. 4 Abs. 1 GG](#) die unverletzliche Freiheit, zu glauben, was er will, und zu sagen, was er glaubt?

Frage 26

Darf ICH glauben,
alle MENSCHEN sollen

VERTRAUEND IN LIEBE

NACH DER WAHRHEIT FRAGEN

und das offene Bekenntnis, genau das immer bei Problemen in der Kommunikation auch anzustreben, dem Bekenntnis zu Jesus gleichkommt und dann auch zu ewigem Leben in Frieden führen wird?

Lästerung gegen den Geist

Frage 27

Erkennt eine Wahrheit, wer eine Frage in stillen Gedanken mit **JA** beantwortet?

Frage 28

Bekannt eine Wahrheit, wer eine Frage per hörbarem Wort mit **JA** beantwortet und entsprechendes Verhalten ehrlich anstrebt?

Frage 29

Leugnet eine Wahrheit, wer sie erkannt hat, aber nicht bekennt?

Frage 30

Ist die **Leugnung der Wahrheit** eine **Lästerung gegen den Geist**, die laut Bibel ([Matthäus 12,31](#)) nicht vergeben wird?

Ich glaube allerdings, dass, wer die Wahrheit leugnet, sich selbst schadet und nur so lange (und immer mehr) leiden muss, bis er zur Wahrheit umkehrt und sie bekennt!

Und zur **Wahrheit** gehört auch, dass dem **Weg** der bedingungslosen, nicht endenden Liebe zur ganzen Schöpfung volles Vertrauen zu schenken, zum ewigem **Leben** führt!

Geschichte, Pflicht, Verantwortung

Frage 31

Vergessen diejenigen Staatsdiener, die ihre Pflicht zum Schutz der Würde des Menschen ignorieren, letztendlich die Lehre aus dem Dritten Reich?

Frage 32

Muss jeder Staatsdiener entsprechend jeder der hier gestellten Fragen handeln, es sei denn, er begründet schlüssig, **warum er nicht JA sagt**?

Frage 33

Kann also, wem **von oben** befohlen wird, untätig zu bleiben, **REMONSTRIEREN**, indem er seinen Vorgesetzten fragt, zu welcher der vorliegenden Fragen er warum **nicht JA sagen kann**?

Nachwort

Jeder Staatsdiener, der seine Möglichkeiten zum Schutz der Menschenwürde nicht voll ausschöpft, handelt verfassungswidrig. Und wenn er nicht per Email an polavo@gmx.de klar begründet hat, zu welcher Frage er hier **nicht JA sagt**, dann sehe ich darin **verantwortungslosen Volksverrat!**

Frühere Anstrengungen



http://verfassungsbitte.de/001_ViVa/Anstrengungen.html

Offener Brief im Advent 24

Dieser Brief (hier als [PDF](#) oder [MP3](#) verfügbar) ging am 19.12.2024 als Email an die folgenden relevanten, staatlichen Stellen:

1. **Bundestagsfraktionen bzw. Gruppen** (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, AfD, BSW), die als erstes Glied der Gesetzgebung in Sachen Beweislast-Umkehr unverzüglich hätten aktiv werden müssen.
2. **Bundespräsident und Verfassungsschutz** die hätten die Nation informieren bzw. alle untätigen Staatsdiener für verfassungsfeindlich oder zumindest verfassungsuntreu erklären müssen.
3. **Bundesverfassungsgericht und GBA** die zumindest auch an die Öffentlich hätten gehen müssen.

Weiteres

Vor dem Stand dieses Schreibens: Das **ViVa-Gesamtdokument** war ehemals als [PDF](#) die Grundlage einer Präsentation, steht jetzt aber nur noch (ohne funktionierende Links) als [JPG](#) oder [HTML](#) zur Verfügung.

Nach dem Stand dieses Schreibens hab ich diese Angelegenheit nochmal in einer Reihe von Podcasts unter dem Titel **Polizei-Motivation** zusammen- und unter www.verfassungsbitte.de/PM bereitgestellt.

Info an die und von der
Polizei als
Freund und Helfer
gegen die Grundrechtsverletzung

Geld regiert die Welt

mittels der

Volksinitiative
Verfassungsabstimmung



www.verfassungsbitte.de/ViVa

(auch per SMS versendbar)

für

Das Gesetz mit dem
Geld regiert die Welt
anfängt aufzuhören

Schreiben an die Polizei

zur persönlichen Verantwortlich-Machung

vom 9. Mai 2026

Protokoll der Aushändigung

(ist unter www.verfassungsbitte.de/SadPg#page=10 zu finden)

Das letzte Schreiben an die Polizei zur persönlichen Verantwortlich-Machung vom 9. Mai 2026 wurde an folgende Stellen als PDF per Email verschickt (e) und auf Papier persönlich ausgehändigt (p):

Art	Dienststelle und Name	Tag	Emailadresse und Unterschrift
e p	Polizeikommissariat 14 in Hamburg Frau Richter	10. May Day '26	pk14@polizei.hamburg.de (Empfang mündl. bestätigt) Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Polizeikommissariat 16 in Hamburg Herr Bartels	10. May Day '26	pk16@polizei.hamburg.de (Empfang mündl. bestätigt) Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Polizeikommissariat 17 in Hamburg Frau Köppe Herr Meurer	10. May Day '26	pk17@polizei.hamburg.de (Empfang mündl. bestätigt) Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Polizeikommissariat 21 in Hamburg Herr David	10. May Day '26	pk21@polizei.hamburg.de Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Polizeikommissariat 41 in Hamburg Frau Wedow	11. May Day '26	pk41@polizei.hamburg.de Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Polizeikommissariat 42 in Hamburg Frau Hüsken	11. May Day '26	pk42@polizei.hamburg.de Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Beschwerdemanagement+Disziplinarangelegenheiten BMDA Hamburg Herr Westphal Herr Stallmann	11. May Day '26	beschwerdestelle@polizei.hamburg.de Persönlicher Empfang des Schreibens nicht durch eine Unterschrift bestätigt
e p	Mit Adresse „zu Händen von Herrn Schnabel“ an der Eingangspforte im Polizeipräsidium bei Herr Franz Frau Wehmann Herr Großmann abgegeben.	12. May Day '26	Email am 10. Mai (unbestätigt) gesendet an: polizeioeffentlichkeitsarbeit@polizei.hamburg.de Persönlicher Empfang des Schreibens an der Eingangspforte wurde dort nicht durch eine Unterschrift bestätigt

Letztes

Schreiben an die Polizei

zur persönlichen Verantwortlich-Machung

vom 9. Mai 2026

Mitteilung letzter Erkenntnisse

(ist unter www.verfassungsbitte.de/SadPg#page=11 zu finden)

Beim Aufzeichnen von [Alles in kurzen Videos](#) wurden Erkenntnisse gewonnen, die dann hier, nachdem das **Protokoll der Aushändigung** ausgefüllt war, zur Information ALLER ebenfalls noch erwähnt werden.

Kritische Infragestellung

Kritik kann in Form von Aussagen über kritische Sachverhalte und ihre Zusammenhänge geäußert werden. Sie in Form kritischer Fragen zu äußern, kann aber mehrere Vorteile haben, die [hier](#) erklärt werden.

Kritische Fragen nutzen

Staatsdiener, die durch meine kritischen Fragen ihre Pflichten erkennen, können (wie [hier](#) erklärt) einfach ihre Vorgesetzten fragen, ob und wie sie widersprechen oder ob zu handeln ist, wie erfragt wurde?

Erfahrungen mit der Polizei

Zu den wichtigsten, [hier](#) beschriebenen Erfahrungen mit Polizeikräften gehören folgende Aussagen: (1) Wir haben Wichtigeres zu tun! (2) Wir müssen neutral sein! (3) Wir dürfen nichts unterschreiben!

Zuspitzung kritischer Fragen

Zu meinen Erfahrungen mit Polizeikräften, die ich [hier](#) zugespitzt hinterfrage, gehören nicht nur die schon genannten Aussagen, sondern auch Erfahrungen und Überlegungen bezüglich des Gewaltmonopols.

Verantwortung geltend machen ...

... das ist die Absicht dahinter, mein Anliegen soweit auf Papier ausgedruckt persönlich zu überreichen, dass die Empfänger sofort in Händen halten, worum es geht. [Hier](#) erkläre ich das ausführlicher, auch hinsichtlich der Zuspitzung in dem Sinne, dass ich dann die Spitze der Hamburger Polizei damit konfrontieren werde.

... beim und über den Polizeipräsident

[hier](#) ein paar grundsätzliche Überlegungen, die damit enden:

Die Wahrheit immer weiter zu ignorieren

HÖRT JETZT AUF!

DANKE,

dass sie pflichtgetreu helfen werden,

Geld regiert die Welt

zu beenden!